

Bezugspreis:

Bestellbet. M.—Wk., monatl. 10.—Wk. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Reich“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 12. Januar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3

Die Goldmark-Prämie.

Berlin, 12. Januar. (D.N.) Nach dem von der Regierung den Gewerkschaftsvertretern vorgelegten ...

Die ständige Kontrolle der Berechnung und Verwendung der Prämie wird von den Arbeitern auf das nachdrücklichste gefordert.

Severing gegen das Monopol.

Der preussische Minister des Innern hat folgende Verfügung erlassen:

Trotz meiner verschiedenen Hinweise ist es mir aufgefallen, daß ein Teil der oberen Beamten der Schutzpolizei immer noch Eingläser trägt.

Maßregelungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 12. Januar. Der Adjutant der Kpogruppe Kattowitz, Hauptmann Schmidt, ist ohne Angabe von Gründen vom Dienst suspendiert worden.

Weiter ist am 1. Januar 1921 der Oberleutnant Reichl von der Kpogruppe Weichen entlassen worden.

Heusen, O.-S., 12. Januar. Der Vortrag des Reichsministers a. D. Dr. Gothein ist von der interalliierten Behörde mit der Begründung, daß er zu spät angemeldet wurde ...

Das Sozialisierungsproblem in Tschechien.

Prag, 12. Januar. (T.L.) „Cesko Slove“ meldet: Gestern nachmittag legte der Minister für öffentliche Arbeiten, Ingenieur Kovarik, in einer gemeinsamen Sessungsitzung ...

sozialisierung keine volle Oekonomie bringen würde. Deshalb wollen sie sich weder dem ersten Vorschlag auf vollständige Sozialisierung noch dem zweiten Vorschlag auf teilweise Sozialisierung anschließen.

Wirtschaftskonferenz in Oesterreich.

Wien, 12. Januar. In der fortgesetzten Enquete über den Preisabbau legte Bundeskanzler Dr. Nehr eine Verhandlungsordnung vor, welche die wesentlichen Themen über das Steuerungsprogramm zusammenfaßt.

Der Vertreter der Reichsgewerkschaftskommission erklärte, die Gewerkschaften seien zur Mitarbeit bereit ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Regierung.

Wien, 12. Januar. (T.L.) Der Hauptauschuss des österreichischen Nationalrates hat sich gestern mit der Beratung der neuen Beamtenforderungen beschäftigt.

Amerikas Rückzug.

Paris, 12. Januar. Durch eine Savanote wird bestätigt, daß die amerikanische Regierung sich entschlossen hat, sich nicht mehr auf der Vorkonferenz vertreten zu lassen.

Paris, 12. Januar. Ueber den Beschluß der amerikanischen Regierung, an den Sitzungen des Vorkonferenzrats nicht mehr teilzunehmen, gab gestern der amerikanische Vorkonferenz Wallace den Vertretern der Presse die Erklärung ab.

Lebensmittelkrisis in Rußland.

Moskau, 12. Januar. Lenin und die Volkskommissare für Versorgung und Verkehrswege haben an die Vertreter der Gouvernementsversorgungsabteilungen von Samara, Ufa, Kasan, Perm (deutsche Kommune, Petrow, Saratow, Tambow, Tseliterburg, Simbirsk, Penza und Sterlitamak) die Aufforderung gerichtet, die Ausfuhr von Korn zu verstärken.

Reform der Verwaltung.

Von Th. D. Cassau.

Während in Preußen seit Jahren Vorarbeiten für eine Verwaltungsreform gemacht werden, während Hochschul- und Verwaltungsbeamte seit langem die Umgestaltung der Beamtenausbildung erörtern, ist man im Reich ...

Dieses Suchen nach Einsparungsmöglichkeiten ist zweifellos nötig, kann jedoch nur Stückwerk liefern. Wir müssen nicht nur sparen, wir müssen den gesamten Verwaltungsapparat des Reiches daraufhin prüfen, ob mit den ausgegebenen Mitteln überall der höchste Nuzeneffekt erzielt wird.

Diese Nachprüfung der Reichsverwaltung, von der hier ausschließlich die Rede ist, muß unter drei Gesichtspunkten erfolgen, Aufbau der Behörden, innere Organisation und personelle Zusammenlegung.

Für die Betrachtung des Aufbaues muß man sich zunächst über die völlig veränderte Stellung des Reiches klar werden und über die Zeit, in der die Aenderung vor sich ging.

Die Folge ist heute, daß neun bis zehn Ministerien Wirtschaftspolitik treiben, natürlich jedes seine eigene. An der kleinsten Aufgabe sitzen nicht nur eine Reihe Referenten, meist versuchen sie auch noch ihr ausdehnungsfähiges Ressort damit zu erweitern.

Die gegenwärtige Organisation der Zentralbehörden für die wirtschaftliche Verwaltung ist unnützlich teuer, macht eine einheitliche Wirtschaftspolitik unmöglich und bildet eine Verlastigung des Publikums, wir brauchen einen systematischen organischen Aufbau der Zentralbehörden und ihrer unmittelbar nachgeordneten Stellen.

Die Zentralbehörden stehen heute in viel unruhmiger Verbindung mit dem Wirtschaftsleben als früher und können nicht mehr im Tempo der alten Gesetzgebungsmühle arbeiten. Sie haben ihren Betrieb jedoch noch nicht umgestellt. Daher die Klage der Angestellten und der Beamten über den Geschäftsgang. Es probiert jeder auf eigene Faust herum und vergrößert dadurch die Unruhe. Hier ist organische Weiterbildung unter Verwendung der Erfahrungen aus dem Geschäftsleben (nicht Nachahmung) angebracht.

Wichtiger ist die geistige Umbildung der Beamtenschaft. Die Verwaltung vor der Revolution fühlte sich als Teil des obrigkeitlichen Staates, was sie trieb, war Dienstgeheimnis. Davon hat sich noch viel zu viel erhalten. Die Angst vor der Presse, die sich kritisch äußern konnte, ist überall zu groß, mancher Vorgesetzter weiß davon zu erzählen. Die Folge dieser übertriebenen Ängstlichkeit ist Misträuen. Die Misträuen gegen die Kriegsgesellschaften z. B. ist zum erheblichen Teil auf diese noch heute geübte Schweigepolitik — in der die beteiligten Ressorts merkwürdig konform gehen — zurückzuführen. Die vorsichtigst formulierte amtliche Erklärung, die aus Vorsicht nichts sagend geworden ist, öffnet allem Mitleid Tor und Tür. Die Beamtenschaft unserer Ministerien muß planmäßig an Öffentlichkeit gewöhnt werden. Dafür könnte die mandatorisch zu aktive Ressortklame eingeschränkt werden, auch sonst wäre eine kritische Nachprüfung sowohl der aktiven (Verordnungsblätter) als der passiven Tätigkeit der Vorgesetzten nicht nur in den Ministerien, sondern auch bei ihren nachgeordneten Stellen am Platze.

Die geistige Umbildung der Beamtenschaft, die über die Gewöhnung an Publizität weit hinausgehen muß, die den Beamten dazu bringen muß, sich als Organ des Volkswillens zu fühlen und nicht als Zwitter von Untergebenen und Obigen, erfordert eine Umstrukturierung. Jahre vor dem Kriege wurde über den Absolutismus geklagt. Jetzt, zwei Jahre nach der Revolution, könnte man die zehn bis fünfzehn Jahre alten Klagen bürgerlicher Politiker als völlig aktuell abdrucken. Es hat teilweise eine Verjüngung der Beamtenschaft stattgefunden, aber keine Wesensänderung. Ohne Debatte über Beamtenräte und deren Mitbestimmungsrecht bei Neueinstellungen herrscht hier im wesentlichen für die höhere Beamtenschaft das Recht der Zuwahl der Neuen durch den alten Stamm. Die Bedenken, die geschlossen auftretende Beamtenschaft des Ministeriums zu vergrößern, lassen den Reformminister des neuen Ministers bald erkalten. Was heute in die Ministerien aufgenommen wird, ist gesellschaftlich und politisch nicht mehr so gesiebt wie vor zehn Jahren, doch die Modernisierung entspricht höchstens den Verhältnissen Englands vor zehn bis fünfzehn Jahren, ja, nicht einmal die englische Praxis, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Leute in wichtige sozialpolitische Beamteneinstellungen zu nehmen, hat sich bei uns durchgesetzt. Die Rezerate „Regelung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten“ liegen in den Reichsministerien mit ein oder zwei Ausnahmen in der Hand von Beamten ohne jegliche Spezialbildung, so daß die Gewerkschaftsvertreter so manches Mal mit Kopfschütteln nach Hause gegangen sind.

Zusammenlegung der Ministerien und Behörden, Modernisierung des inneren Betriebes und Erneuerung des Personals sind die Forderungen des Tages. Aus dieser Reform wird sich die mögliche **Verbesserung** von selbst ergeben. Diese Reform kann aber keine interne Angelegenheit der Ministerien sein, sie muß unter Führung des Reichstages und Hinzuziehung von Organisationsfachleuten erfolgen.

Die Aktion der Kommunisten.

Die Kommunisten haben in ihrem Offenen Brief vom 8. Januar angekündigt, daß sie vom 13. d. M. ab allein zur Verwirklichung ihres „Aktionensprogramms“ schreiben würden, falls dieses bis dahin nicht von den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen angenommen sei. Unsere Warnung, solche Späh- und Amisfe zu unterlassen und sich lieber zu ver-

nünftigen Verhandlungen auf vernünftiger Grundlage zu stellen, beantworteten sie damit, daß sie, den von ihnen selbst geleiteten Termin missachtend, schon am 10. Januar an ihre Seite im Lande die Aufforderung richteten, sie sollten nunmehr versuchen, die Mitglieder der anderen Arbeiterorganisationen zu ihren Aktionen mit fortzureißen. Dem sozialdemokratischen Parteivorstand blieb unter solchen Umständen gar nichts anderes übrig, als den Betrug und Wortbruch der Kommunisten vor aller Welt festzustellen und die Arbeiter vor allen sinn- und ausichtslosen Minderheitsaktionen, die nur ein Verbrechen an der Arbeiterklasse seien, zu warnen.

Die Kommunisten haben inzwischen angefangen, ihre Aktion auf der ganzen Linie zu entwickeln. Es gibt keinen zurrechnungsfähigen Menschen in Deutschland, der daran zweifelt, daß diese Aktion mit einer Niederlage enden muß, die um so größer sein wird, in je gewalttätigeren Formen die kommunistische Aktion auftritt wird. Die gewissenlosen Drahtzieher machen sich aber offenbar gar nichts daraus, ungezählte Arbeiter ins Ghetto und in den Tod zu schicken, weil sie hoffen, auf diese Weise neuen Agitationsstoff zu gewinnen, der zu neuen Aufputschungsversuchen dienen soll.

Besonders interessant ist in dieser Beziehung ihr Vorgehen in Sachsen. Dort haben sie es ganz offenbar darauf angelegt, den Minister des Innern, den unabhängigen Livinski zum „Arbeitermörder“ und „Blutband“ zu machen. Unausgesetzt schicken sie ihre Stoßtrupps gegen den Landtag vor, um einen blutigen Zusammenstoß zu provozieren und dann sagen zu können, Livinski habe „auf die Arbeiter“ losgehen lassen. Gestern haben diese Stoßtrupps den von Polizei abgesperrten Parkreis des Landtags gewalttätig durchbrochen, sie haben damit eine Geschicklichkeit begangen, die zu verhindern die Behörden verpflichtet waren. Sie haben es trotzdem nicht erreicht, daß geschossen wurde, sie werden jetzt die Zwangslage für Livinski weiter verschärfen, bis es glücklich jenseit ist, und dann kann das Geheul erst recht losgehen. Ein Unabhängiger als „Arbeitermörder“, als „Blutband“ — das ist ein so fortwährender Agitationsstoff, daß er den Kommunisten schon ein paar Arbeiterleben wert ist.

Die Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterkraft gegenüber diesem verdröhnischen Treiben ist von vornherein gegeben. Wer den Anspruch erhebt, auch ferner als Sozialdemokrat zu gelten, der wird sich hüten, jenen wirklichen Arbeiterverrättern in die Schlingen zu gehen, die das Leben von Proletariatsunbedenklich zum Einfah ihrer parteipolitischen Schmutzkonkurrenz machen. Mögen manche Arbeiter, die blind und unwissend genug sind, dieses schändliche Treiben nicht zu durchschauen, nach links abzuweichen, der Schaden wird viel geringer sein, als wenn ein Sozialdemokrat zur Unterstützung dieses Treibens einen Finger rührt, oder es auch nur durch eine schwankende, unsichere Haltung unterstützt.

Die Kommunisten mögen die Niederlage, in die sie auf Maxims Geheiß mit offenen Augen hineintreten, und die Verantwortung für sie vor der Arbeiterklasse allein tragen. Die Stunde wird dann bald kommen, in der auch der letzte Arbeiter erkennen wird, wo seine wahren Freunde sind!

Der bescheidene Herzog.

Der Vertreter des ehemaligen Herzogs von Braunschweig, dessen Millionenforderungen an das braunschweigische Volk kürzlich die Wunde durch die Presse machten, teilt jetzt in einem Schreiben an eine braunschweigische bürgerliche Zeitung mit, daß das Herzogtum die Abwälzung aller Steuern, die sich aus der Uebernahme der geforderten gewaltigen Vermögenswerte ergeben (also Grundsteuer, Vermögenssteuer usw.), auf das braunschweigische Volk fordert. Dagegen werde sich eventuell das Fürstentum den später zu erhebenden allgemeinen Steuern nicht entgegenstellen.

Man sieht, der weltliche Schwirgervater des Hohenzollern-Wilhelm hat Bescheidenheit nicht gelernt.

Sturz über Rechtsbruch.

Wir berichteten vor einiger Zeit über den skandalösen Prozess mecklenburgischer Zeitfreiwilliger (Thermann und Genossen) durch das Schwurgericht Schwerin. Thermann und seine Helfer hatten während der Kaptage einen beschaffenen Arbeiter ohne jeden Grund erschossen. Die ursprüngliche Adresse des „Friedensrats“ liehen die Angeklagten selber fassen, trotzdem beurteilte das Schwurgericht sie nicht. Die Sache hatte jetzt ein Nachspiel im Mecklenburgischen Landtag, wo sie von unseren Genossen zum Gegenstand einer Interpellation gemacht wurde. Der Justizminister Schmidt wurde befragt, angegriffen, es wurde ihm Rechtfertigung zum Vorwurf gemacht. Ein sozialdemokratischer Misstrauensantrag wurde von der gesamten Linken (Demokraten, Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten) angenommen. Darüber ist nunmehr eine Kabinettskrise ausgebrochen. Die jetzige mecklenburgische Regierung besteht bekanntlich aus Männern der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei, die im Parlament zusammen nur eine Minderheit bilden.

In Köslin droht der Generalfreiw. weil der kaptische Bürgermeister Kapf in sein Amt wiedereingetreten ist. Die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder sind bereits in die passive Resignation eingetreten.

Kochs Angriffe gegen Braun.

Im Hauptauschuß des Reichstages nahm Mittwoch vor Eintritt in die Beratung des Staats des Reichsministeriums des Innern der preussische Ministerpräsident Braun das Wort zu einer Erörterung auf die geistigen Erörterungen betreffs der Siedlungsfrage. Er führte aus: Die ungeheure allgemeine Preissteigerung demit namentlich auch die Siedlungsnot. Das Reichsfinanzgesetz schafft den Gesellschaften, die mit der Aufgabe der Siedlung betraut sind, lediglich Land. Trotzdem ist die Siedlungsnot keineswegs beseitigt, im Gegenteil ist sie immer noch reakt als in früheren Zeiten. Von der Verwaltung des Ministeriums sei jedenfalls alles getan, was im Bereich der Möglichkeit liegt, um die Sache zu fördern. Leider wurde infolge der finanziellen Kollage und weil den Ländern durch die neue Steuererhebung ein Hauptteil der Steuerquellen entzogen worden ist, dem Minister stets die immer wieder erneuten Gesuche um geldliche Unterstützung für die Siedlungsfrage von den einschlägigen Ämtern abgelehnt. Ein höherer Beamter des Reichsarbeitsministeriums hat in einem zur Kenntnis des Ministerpräsidenten Braun gelangten Briefe erklärt, daß die Angriffe gegen Braun nicht ganz ohne Zutun des Reichsministers erfolgt seien und daß man die ungeliebte Aufgabe der preussischen Verwaltung durch Stockschläge in Angst setzen müsse.

Reichsminister Koch erwiderte: Das Siedlungswesen in Preußen gehört nicht zum Etat des Reichsministeriums des Innern, auch das Siedlungswesen im Reich ist keine Angelegenheit seines Ministeriums. Er habe die Angelegenheit hier nicht zur Sprache gebracht, sondern nur gegenüber einem Komitee des Abgeordneten Dr. Rosenfeld (M. S. L.) der ihm vorgeworfen hatte, er habe falsche Nachrichten über die Siedlungsfrage verbreitet, erklärt, daß es sein gutes Recht als Abgeordneter sei, sich so zu äußern, wie er es getan habe. Eine solche Auseinandersetzung über die Rede eines Ministers in Volksversammlungen sei in hohem Maße unüblich. Die Staatsberatungen preussischer Ressorts würden sich recht mäßig verhalten, wenn alle Kritik, die preussische Minister gelegentlich in Volksversammlungen an den Reichsressorts übten, dort behandelt werden würden. Jedoch über die Aufgaben des Siedlungswesens eine ganz andere wirtschaftspolitische Anschauung, als der preussische Ministerpräsident und er könne nicht zurecht sein mit dem, was Braun von seinem marxistischen Standpunkt aus tue, hier lasse ein Unterschied zwischen ihnen beiden. Jedoch verstehe nicht, wie Ministerpräsident Braun so empfindlich sein könne, wenn er (Koch) seine individualistische Anschauung der marxistischen Auffassung Brauns gegenüberstelle.

Münchener Forderungen für die Kriegerbeschädigten. Der Stadtrat von München hat, nach einer Denkschrift, beim Reichsministerium des Innern 9 Millionen Mark für die Auszahlung von Vorkassien an Kriegerbeschädigte in München angefordert.

Der Putsch der „Prominenten“.

Von Max Hachdorf.

Seit einer Woche wissen die Berliner, daß es in ihrer Stadt etwa vierzig Menschen gibt, die dem entronnten Monarchen seine Hoheitsrechte abgenommen und sich aus eigener Machtvollkommenheit den persönlichen Adel zugelegt haben. Die neuen, aus ihrer eigenen Selbstverherrlichung hervorgehenden Adligen nennen sich die Prominenten. Die nächstkommende Kornevalszeit liegt die Meinung nahe, daß es sich um Juristen und Reichstagsmänner handelt, die am Kaiserthron ihr Pappenthrone wieder ablegen und in die graue Bürgerlichkeit zurückkehren möchten. Dem ist aber nicht so. Zu den Herren und Damen, die sich die Prominenten getraut haben, gehören Bühnenkünstler, die innerhalb des deutschen Theaterlebens mit sehr möglichem Ernst ein Sonderrecht verlangen.

Diese Herrschaften werden monatlich mit einem Mindestgehalt von 3000 M. bezahlt, und es gibt einige unter ihnen, die hinter die aus solchen Summen berechnete Jahreseinnahme noch eine Null setzen dürfen. Also kann es bei den prominenten Herren und Damen nicht um einen Zustand gegen den Hunger gehen. Sie meinen vielmehr, daß sie etwa zu arg in den Staub gezogen werden durch die Masse der Kameraden, die mit geringeren Tagesgehältern und darum auch mit geringeren Jahreseinkünften ausgestattet sind. Diese ziemlich bedeutende Masse — sie zählt in deutschen Vaterlande etwa 30 000 Menschen — lebt seit 30 Jahren in der Genossenschaft der deutschen Bühnengewerkschaften zusammen. Die Genossenschaft ist heute ein richtiger Gewerkschaftsverband mit geschlossener Arbeitsnehmerverband. Gegenseitigkeitsverträge zwischen Theaterleitern und Bühnenkünstlern geben die Sicherheit, daß nur Bühnengewerkschaftler in deutschen Theaterbetrieben Stellung und Amt finden.

Die „Prominenten“ fühlen sich gerade durch dieses Gesetz benachteiligt. Sie empfinden es als Last, daß sie 2 Proz. ihres Einkommens an die Kasse der Schauspielergewerkschaft abführen müssen. Sie sagen es ohne viel Bedrängung, daß sie in ihrer Prominenz allein bleiben wollen und sonst die Meinung hegen, daß die Genossenschaft ihnen nicht mehr als die genügend starke und fähige Vertreterin ihrer prominenten Interessen erscheint. Die Prominenten beklagen sich, sie fliehen noch nicht mit offenen Händen vor der Kasse ihrer weniger glücklichen Kameraden, sie sagen aber, daß irgendwelche Einrichtungen gefunden werden muß, die ihre Adelsrechte schon und befestigt.

Die Künstler, die sich nicht zu dem Häuflein der Prominenten zählen, stehen diesem Adelsputz, je nach Temperament, verbittert oder höhnisch gegenüber. Die Aufgebrachtsten werfen den prominenten Bühnlingen vor, daß im Jahre 1921 eine derartige Fahren-

hucht unsozial und reaktionär ist. Die in den Formen der Entwertung Konstellationen belächeln nur das Unternehmen der Prominenten, das noch ziemlich locker in der Luft schwebt. Sie betrachten die Gesellschaft der Reute, die sich als Prominente enthielt, etwas genauer, und es kommt ihnen vor, daß zu den Führern des Aristokratenputsches übermäßig viele Stützen einer sehr mäßigen, sehr feichten und keineswegs erhabenen Theaterkunst gehören. Es stehen auf der Liste der Prominenten hauptsächlich Sterne der Operette und des tiefsten Schwanke, denen Patsche, Kriegsgewinner und ähnliche durch Urteilskraft hervorragende Theaterfreunde eine vorzeitige Unsterblichkeit bereiten. Es stehen unter ihnen nur wenige Vertreter jener Kunst, die auch nach der etwas eintägigen Aesthetik von 1921 als die höhere angesehen werden muß.

Die prominenten Verschwörer werden wenig Freude an ihrem Putschgelüst erleben. Man rät ihnen in Frieden, ein folgendes Kind schelmisch zu begraben, damit nicht zum Vergernis wird, was bisher nur als überreifes Abenteuer einiger an dauernder Selbstüberschätzung leidender Spekulanten gelten durfte.

Die Ortsnamen unterschieden werden. Die deutsche Sprache besitzt eine außerordentliche Fülle von Ortsnamen, wie man aus dem gewaltigen Material ersehen kann, das Archivrat Menck in seiner letzten bei Quelle u. Meyer in Leipzig erscheinenden „Deutschen Ortsnamenkunde“ vorarbeitet hat. Trotz dieser außerordentlichen Mannigfaltigkeit der Ortsnamenbildung kommen aber doch, wie jedermann weiß, manche Ortsnamen maximal, viele sogar sehr oft vor. Dieser Erscheinung sucht man durch Beiwörter abzuweichen.

In erster Linie werden die Eigenschaftswörter der Ausdehnung groß und klein verwendet. Beispiele dafür gibt es in Fülle und Fülle, wie z. B. Groß- und Klein-Lautenberg, Groß- und Klein-Breitendach usw. Einem durch „Groß“ unterschiedenen Ortsnamen muß nicht unbedingt derselbe Name mit „Klein“ entsprechen, sondern dem Verichen Großhesselohe bei München steht kein Kleinhesselohe, sondern nur ein Hesselohe schiedweg gegenüber. Statt Klein tritt auch Wenig ein, wie Wenigenjena, oder ein Rinder, so Rinderöffingen (Württ.). Sehr beliebt ist dann die Unterscheidung durch die harte oder weiche Lage, Wäldchen mit hoch, tief, ober, nieder, unter sind so allbekannt. Auch der Vorname Berg wird hier gebraucht, z. B. Bergsulza im Gegensatz zu Bod Sulza, Berg-Talwies im Gegensatz zu Tal-Talwiesem; für die niedere Lage Tal, z. B. Tal-Lautenberg im Gegensatz zu Burg-Lautenberg. Auch vorher und hinter drücken die Lage aus, wie Vorderleutenberg (Württ.), Hinterleutenberg. Weniger häufig wird als Unterscheidungsmerkmal die geographische Lage herangezogen. Doch sind die Bezeichnungen nach den Himmelsrichtungen nicht selten, besonders im nordwestlichen Deutschland: Nordhaderst und Süderhaderst, Nordwäldchen und Süderwäldchen usw. Auch hier entspricht eine Unterscheidung nicht immer das genaue Gegenteil, sondern es gibt als Gegensatz zu Nordwäldchen z. B. ein Groß- und Kleingewaldchen. Auch Farbenbezeichnungen werden manche Orte unterschieden; Weissenhirschwald im

Reife Querfaser heißt so nach dem weichen Russenfall, aus dem sein Boden besteht, während die rote Färbung des Bodens bei dem nahegelegenen Roten-Hirschwald zum Ausdruck kommt. Das Klima liefert verschiedene unterschiedungsmerkmale, wie Kalkenrothen und Kalken-Hirschwald in der Rhön, Kalkenrothfeld, Kalkenrothen usw. Auf trockenem Klima mag ein Name wie Dürrenleina in Thüringen zureichen. Auch das Alter der Orte wird zur Unterscheidung benutzt, wobei häufig mit der jüngeren Ort durch ein vorgesetztes „Neu“ sich kennlich macht. So stehen dem einfachen Brandenburg ein Neubrandenburg, dem bairischen Dreifach ein eifassisches Neudreifach gegenüber.

Es wird es gemacht! Mit welchen Mitteln die Werke von Ludendorff und Hindenburg vertrieben werden, darüber berichtet das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ also:

In Kassel geht seit Wochen ein Herz von Haus zu Haus mit einer Bitte, die ein amtliches Aussehen und folgenden Wortlaut hat: „Die Urkunden der obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit werden nunmehr herausgegeben. Das kaiserliche Material, übersichtlich zusammengefasst, wird dem deutschen Volk auf diesem Wege zugänglich gemacht. Um allen interessierten Kreisen die Möglichkeit zu geben, sich zu einem angemessenen Preis diese wichtigen Dokumente zu beschaffen, erfolgt diese Ausgabe nicht durch den öffentlichen Buchhandel, sondern es sind zu diesem Zwecke eigene Einzelveräußerungen in allen Teilen des Reichs in Umlauf gesetzt. Nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die späteren Generationen werden diese Entwürfe von monumentaler Bedeutung sein, da die historischen Dokumente als amtliches Material unerschöpflich sind und ein helles Bewusstsein aus der großen und gewaltigen Zeit unseres Vaterlandes bleiben, weil sie in lückenloser Folge das gewaltige Ringen der Väter abbilden und als Gedächtnis- und Nachschlagewerk unerschöpflich sind.“

Wechen bei ihrem Versuch Bedenken geäußert bezüglich des Satzes, daß diese Ausgabe nicht durch den öffentlichen Buchhandel zu beziehen sei, dann holt der betreffende Besondere ein zweites Schriftstück hervor, welches folgendermaßen abgefaßt ist:

„Nationaler Verlag, Berlin SW., Kochstr. 60/61, den 22. 12. 20.“

Beizeichnung! Wir bezeichnen hierdurch, daß das Nationalverlag: Generalstabswort von Hindenburg „Aus meinem Leben“ sowie General Ludendorff: Band I: „Meine Kriegserinnerungen“, Band II: „Urkunden der obersten Heeresleitung“ in der vorliegenden Ausfertigung im Buchhandel nicht zu haben sind. gen. Nationaler Verlag, Berlin, Kochstr. 60/61. Gierich.

Damit die Sache recht zucht, ist natürlich von der Vertriebsstelle auf ein gutes Aussehen Wert gelegt worden, und stolz nennt sich dieselbe: Nationaler Verlag, Berlin SW. 68, Kochstr. 60/61. Der Herr Vertreter heißt Müller, Berlin, Kochstr. 60. Wie ich erzählt habe, sind die Vertriebsstellen nicht beliebig, das Geschäft spielt recht einträglich zu sein. Ein wäre es nun, wenn aus anderen Städten über die Tätigkeit dieses betrieblamen Verlags berichtet würde, damit gemeinsam gegen ihn vorgegangen werden kann.

Das Programm der Frankfurter Arbeiter der Arbeit. Die städtische Nachrichtenstelle in Frankfurt a. M. verbreitet eine kurze

Obstruktion in der Landesversammlung.

204. Sitzung der Preussischen Landesversammlung.
Mittwoch, den 12. Januar, 11 1/2 Uhr.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die wiederholte namentliche Abstimmung über § 3 des Domänenfeldbewirtschaftungsgesetzes. Die Rechte und das Zentrum enthalten sich der Stimme, so daß das Haus beschlußunfähig ist. Präsident Reinert legt die nächste Sitzung auf 11 Uhr 50 Min. fest.

In der neuen Sitzung wird zunächst der Antrag Siering, wonach der im Art. 26 der Verfassung vorgesehene ständige Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung gegenüber dem Staatsministerium aus 20 Mitgliedern bestehen soll, ohne Aussprüche angenommen. In erster und zweiter Beratung erledigt werden sodann die Entwürfe über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren für die Enteignung von Grundstücken in Kreisbezirken und über die Erweiterung des Stadtkreises Reife. Der Staatsschuldenkommission wird für ihren 6. Bericht Entlohnung erteilt. Jugestimm wird einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt über die Erhöhung der Gebühren der Ärzte und Chemiker.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Siering (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Ubergangsgeld der Staatsminister. Nach dem Entwurf sollen Staatsminister die mindestens drei Monate im Amt waren, und keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben, bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienst ein Ubergangsgeld erhalten in der Höhe der Dienstbezüge der im Amt befindlichen Staatsminister, aber unter Ausschluß der Aufwandsentschädigung.

Abg. Ludwig (L. Soz.): Wir sehen die Notwendigkeit dieses Gesetzes nicht ein. Die Belastung dieser Finanzen wird zu groß. Abg. Siering (Soz.): Die Gründe des Kollegen Ludwig sind nicht stichhaltig. Wir bitten um Annahme.

Das Gesetz wird einem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des 3. Nachtragsbehalts für den Staatsdienst, in dem die Ausgaben für die Schutzpolizei enthalten sind. Abg. Ludwig (L. Soz.): Die alten Offiziere sollten bei der neuen Polizei ausgeschaltet werden, statt dessen verschafft man ihnen ein Unterkommen und Einfluß. Das ist ein Skandal. Die Offiziere sind kein Schatz für die Regierung, denn sie haben ihre Leute gar nicht in der Hand. Nicht zu ertragen ist die Sonderstellung der Sicherheitsbeamten in Löhnung und Verpflegung. (Weißt auf der äußersten Linken.)

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.): Ich hätte nicht erwartet, daß die Regierung auf die Anfragen des Kollegen Ludwig schmeigen würde. Die Arbeiter, die im März für die Regierung gebildet haben, sind von ihr verraten worden. Aber für die reaktionären Offiziere wird alles getan. Reizen Sie nur weiter das Volk, es wird ein Tag kommen, der nicht wie der 9. November abläuft.

Abg. Runge (Soz.): Ich will mich bei diesem Punkt der Tagesordnung nicht mit den ungeschwätzen Ausführungen des Kollegen Hoffmann beschäftigen. Wenn die Abg. Ludwig und Hoffmann die Ausschüsse beraten können würden, so hätten sie anders sprechen müssen.

Die Vorlage geht an den Hauptauschuss. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über das Hebammenwesen. Als Redner ergreift Abg. Schömann (Dem.) das Wort.

(Bei Schluß der Redaktion geht die Verhandlung weiter.)

Doppelsitzung am Donnerstag.

Der Ausschuss-Ausschuss der Landesversammlung beschloß, am Donnerstag eine Doppelsitzung anzusetzen. Die erste Plenarsitzung soll bis um 6 Uhr anhalten. Nach einstündiger Pause soll dann um 7 Uhr eine Abendsitzung folgen. Am Freitag will man unter allen Umständen Schluß machen.

Einschränkung des Bahnverkehrs?

Berlin, 12. Januar. Seit dem Beginn der Ausführung des Epa-Abkommens hat der Eisenbahnbauverwaltung nicht mehr ein dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolge dessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Zurzeit sind fast alle Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit ist die Lage dem Verkehrspunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann, nahegerückt. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

Mitteilung über die Frankfurter Verhandlungen, die der Errichtung der Akademie der Arbeit gelten. Oberbürgermeister Voigt machte am Schluß der Beratungen folgende Feststellungen, gegen die irgendein Widerspruch weder von den noch anwesenden Vertretern der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, noch von den verschiedenen Parteivorsitzenden und Mitgliedern des Arbeitsausschusses erhoben wurde. Es soll ein Vertrag zwischen der preussischen Staatsregierung und allen gewerkschaftlichen Richtungen abgeschlossen werden, der die Arbeitsakademie verbindlich auf ein Jahr ins Leben rufen soll. Dann soll in dem Vertrag Vorkehrungen getroffen werden, daß im zweiten Semester in einer oder mehreren Vorlesungen die verschiedenen grundlegenden Weltanschauungen, welche die Wirtschaftsfähigkeit bestimmen, berücksichtigt werden und zwar möglichst durch besondere Vertreter dieser Weltanschauungen. Im übrigen soll der Lehrbetrieb auf Grund der Vorschläge des Arbeitsausschusses nach näherer Feststellung und Vereinbarung erfolgen. Aus diesen Feststellungen ergibt sich, daß die Akademie der Arbeit durchaus einen allgemein öffentlichen und rein wissenschaftlichen Charakter erhalten soll, daß alle Richtungen der Arbeiterbewegung auf Grund sozialistischer Festlegung berücksichtigt werden sollen und daß dem Staat ein betragsmäßig noch festzulegendes Mitwirkungsrecht vorbehalten werden soll.

Die deutsche Uraufführung der „Josephs-Legende“ von Richard Strauß wird Anfang Februar in der Staatsoper stattfinden. Das Werk ist 1913 entstanden und am 14. Mai 1914 von dem russischen Ballett in der Großen Oper von Paris, einen Monat später auch in London aufgeführt worden.

Der dritte Band von Bismarcks Erinnerungen in England. Ein bekannter Londoner Verlag hat sich seit langem das Uebersetzungsrecht für den dritten Band von Bismarcks Erinnerungen gesichert, und nachdem das Erscheinen der deutschen Ausgabe durch den letzten Gerichtsbescheid wieder verhindert worden ist, soll das Werk nunmehr in einer englischen Ausgabe erscheinen.

Hebererentwurf! Vor einigen Wochen beschlagnahmte die Münchner Zollbehörde Sendungen deutscher Bücher, und zwar alle Werke, deren Titel das Wort Liebe enthielt; auch Oswald Heberers Sendungen Roman „Verhörung der Liebe“ fiel hierbei der Postzensur zum Opfer. Die Münchener Staatsanwaltschaft schritt aber gegen den lebensgefährlichen Väter der Hebererentwürfe ein, um zu bestimmen, denn sie hat jetzt Heberers Werk „Verhörung der Liebe“ wieder freigegeben.

Philosophie und Schule. Für Sonnabend, den 16. Januar, nachmittags 6 Uhr, hat die Kant-Gesellschaft im neuen Aula-Gebäude der Universität eine Veranstaltung angelegt, die dem Thema „Philosophie und Schule“ gewidmet sein wird. Es soll sich darum handeln, diese Frage durch möglichst konträre Vorträge zu klären.

Abgeleiteteur Josef. Das Kultusministerium in Weimar soll, laut B. L., zugleich im Namen der übrigen bei der Universität Jena beteiligten Regierungen verfaßt haben, daß die Stellung des Rector magnifico-tissimus und der Rector des früheren Institutes — der ehemalige Großherzog von Sachsen-Weimar — in allen Verordnungen der Universität Jena zu ergänzen ist. Daraus soll der bisherige Redaktor des Verlangensorgeschäftes, Professor Dr. Michels, sein Amt niedergelegt haben.

Die Verlegung der Preger deutschen Hochschulen ins deutsche Sprachgebiet wird nun für die Lehrkräfte Hochschulen auch von der Arbeiterklasse Deutschschöpfung gefordert. Sie hält dies zur Ausbildung der Arbeiterklasse, somit im Interesse des Sozialismus, für notwendig.

Groß-Berlin

Wiederauferstehung der Kriegsakademie.

Seit Kriegsausbruch befindet sich in dem Gebäude der früheren Kriegsakademie, Dorosthenstr. 48, das Zentralnachweisseamt für Kriegergräber und Kriegerverluste. Durch die großen Verluste, die der Weltkrieg mit sich brachte, bekam dieses Zentralnachweisseamt eine außerordentliche Bedeutung, weil es die Aufgabe hatte, alle die Unterlagen zu beschaffen, die für die amtliche Beurkundung des Todes und der daran anschließenden Versorgung der Hinterbliebenen notwendig waren.

In demselben Gebäude war aber gleichzeitig die frühere Heeresbücherei der Kriegsakademie untergebracht. Da die Heeresbücherei infolge der Verminderung des Heeres nicht mehr die Bedeutung hatte wie früher, brauchte sie für ihre Unterbringung nur wenige Räume. Besonders stark interessierte Kreise sorgten dafür, daß die Heeresbücherei wieder allmählich größer wurde, und man sah von Tag zu Tag dort den Stab der Beamten an Zahl zunehmen. Die Heeresbücherei hatte bald Raumangel und das Einfache war, man verlangte, daß das Zentralnachweisseamt aus dem Gebäude herauskomme. Das Reichswehrministerium fand bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Herrn Staatskommissar zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, Herrn Dr. Karl, willige Ohren. Es wurde beschlossen, daß das Zentralnachweisseamt in einer alten Kaserne bei Spandau untergebracht werden soll. Die Knappheit unserer Staatsfinanzen, die ja besonders dem Reichsfinanzminister der Obhut unterstellt sind, hätte zumindest verlangt, nachzuprüfen, ob die gewaltigen Kosten, die der Umzug wie auch die Herstellung des alten Kasernegebäudes zu einem Verwaltungsgebäude, verursacht, mit der so oft erwähnten Sparfahigkeit in Einklang zu bringen sind.

Neben diesen ungeheuren Kosten stehen aber weit höhere Bedenken einer Verlegung des Zentralnachweisseamtes entgegen. Im letzten Jahre wurde das Amt von circa 30 000 Personen, die zum weitaus größten Teil außerhalb Berlins wohnten, ausgesucht, um irgend etwas über den Vater, Ehemann oder Sohn zu hören. Dieser zum weitaus größten Teil der minderbemittelten Bevölkerung angehörende Personenkreis hat nunmehr die Pflicht, in Zukunft nach Spandau zu fahren und die durch Uebernachtung und höheres Fahrgehalt entstehenden Kosten selbst zu tragen. Hinzu kommt, daß durch den Umzug die Arbeiten des Amtes monatelang zum Stillstand kommen. Trotz alledem betrachtet das Reichswehrministerium die Anwesenheit der Heeresbücherei in Berlin notwendiger, als das weitere Verbleiben des Zentralnachweisseamtes in einer zentralen Lage in Berlin. Auf Grund dieser Bedenken hielt es der Reichswehrminister für erforderlich, in Gemeinschaft mit den kaufmännischen Angelegenheitenorganisationen, den Herrn Staatskommissar zur Vereinfachung der Staatsverwaltung, wie auch das Reichsfinanzministerium die einer Verlegung entgegenstehenden Bedenken vorzutragen und wurde eine Vereinbarung getroffen, die dahin ging, daß der Reichswehrminister noch einmal die bereits schriftlich und mündlich erhobenen Bedenken in einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium zusammenfassen soll und anschließend daran mit den Vertretern der Organisationen eine Besprechung mit den Referenten der einzelnen Ministerien stattfinden zu lassen.

Der mit diesen Vorbereitungen beauftragte Regierungsbauamt Vizeleutnant setzte diese Besprechung aber bereits am mittwochs 12 Uhr fest und lud die Vertreter der Organisationen für 2 Uhr ein, ohne ihnen mitzuteilen, daß diese Besprechung in Abwesenheit der einzelnen Referenten stattfinden. Das Ergebnis war vorzusehen; denn die Referenten einigen sich, daran festzuhalten, daß das Zentralnachweisseamt nach Spandau kommt. Wegen eine solche Verhandlung der Organisationen wider Treu und Glauben muß mit aller Entschiedenheit Protest erhoben werden. Alle beteiligten Kreise müßten es sonderbar an, worum in letzter Stunde die Gründe, die für eine Verlegung des Amtes nach Spandau sprachen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erörtert werden müssen. Dies findet sehr bald eine Erklärung, wenn man sich neuerdings das Ausschreiben der Heeresbücherei, wie auch den Personenkreis, der in der Heeresbücherei beschäftigt wird, näher betrachtet. Das Reichswehrministerium wie auch seine Vertreter und ganz besonders der zur Leitung der Heeresbücherei bestimmte Herr Oberleutnant haben ein großes Interesse an einer möglichst weitgehenden Ausdehnung dieser Heeresbücherei, ohne Rücksicht darauf, daß Tausende von Kriegerhinterbliebenen und Waisen wieder Monate lang auf die ihnen zustehende Versorgung warten müssen.

Es dürfte Aufgabe der Abgeordneten sein, sich diese neuen Extrawünsche des Reichswehrministeriums ganz genau zu betrachten.

Banditenstreiche.

Ein Räuberüberfall in der Brunnenstraße.

Ein fast zwei Jahre zurückliegender Raubüberfall in der Nähe von Bielefeld konnte jetzt durch die Verhaftung der Berliner Kriminalpolizei seiner Schärfe entgegengeführt werden. Es handelt sich um einen aus Bielefeld stammenden Arbeiter Rodien, der sich auch wegen eines in Verbindung mit den Raubzügen stehenden Geldverwandels zu verantworten haben wird.

Im Februar 1910 fuhr in den bis dahin von den Unruhen unberührt gebliebenen Ort Neuenkirchen bei Bielefeld ein Lastautomobil, das mit etwa 15 Männern, alle bis an die Zähne bewaffnet, besetzt war. Das Automobil fuhr vor die Mäuler der von Harmer, die Insassen verhafteten den Besatz, stellten ihn an die Wand und begannen dann „im Auftrage des A. und S. Notes von Münster“, wie sie behaupteten, die Räume zu plündern. Sie „requirierten“ ungefähr 100 Zentner Schinken, Speck und Wurst, ohne daß jemand es wagen konnte, gegen die Räuberbande einzuschreiten. Das plötzliche Erscheinen des Lastautomobils hatte zwar die Bewohner herbeigelockt, doch hielten die Banditen diese durch scharfe Schüsse in angemessener Entfernung. Mehrere Zivilpersonen wurden dabei angeschossen. Der Hilfsgendarmereiwachmeister Wodenstein, der den Versuch machte, den Räubern entgegenzutreten, wurde erschossen. Wie sich später herausstellte, hatte die Räuberbande, um telefonische Unterstützung zu verhindern, die Leitungen durchschnitten. Die von der Staatsanwaltschaft Bielefeld einleiteten Ermittlungen führten zu einer ganzen Reihe von Verhaftungen. Die Beteiligten wurden auch zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt. Aus den Vernehmungen ergab sich jedoch, daß der Anführer der Bande der Arbeiter Rodien aus Bielefeld war und dieser auch den Schlüssel auf den Geldverwandels abgegeben hat. Rodien war aus der dortigen Gegend spurlos verschwunden, hatte Frau und Kinder im Stich gelassen, um nichts wieder von sich hören lassen.

Beamten der Dienststelle A I der Berliner Kriminalpolizei wurden nun gefordert auf einen Mann aufmerksam, der seit längerer Zeit unter dem Namen Hans Steinkamp in der Brunnenstraße wohnte. Er wurde verhaftet, und bei dem eingehenden Verhör gab er zu, der gefuchte Bandenführer zu sein.

Um die Besetzung der Bezirksämter.

In der am Dienstag abgehaltenen Konferenz der Stadt- und Bezirksverordneten der S.P.D. referierte Stadtrat Frank über die Verhandlungen wegen Besetzung der Bezirksämter. Er erinnerte daran, daß hierzu bereits ein Beschluß unserer Funktionalkonferenz vorliegt. Dem Standpunkt der S.P.D., daß große Minderheitsparteien, auch die bürgerlichen nach ihrer Stärke berücksichtigt werden sollen, sind die Unabhängigen zunächst beigetreten. Selbstverständlich müssen die bürgerlichen Parteien, wie in Bezirken mit sozialistischer Mehrheit sie zu ihrem Rechte kommen, in Bezirken mit bürgerlicher Mehrheit die sozialistischen Parteien nach ihrer Stärke berücksichtigen. Unseren Vorschlag einer solchen Vereinbarung auf Gegenseitigkeit erklärten die Deutsche Volkspartei und die Deutsche nationale Volkspartei für nicht überall durchführbar. Aber auch die Unabhängigen waren in den Bezirken größtenteils nicht geneigt, nach jenem Grundsatz zu handeln, und trafen mit den Kommunisten andere Vereinbarungen. Wo in den Bezirken eine Einigung zwischen unseren Genossen und den Unabhängigen nicht zu erreichen ist, werden die Groß-Berliner Zentralkomitees der beiden Parteien sich bemühen müssen, sie herbeizuführen.

Den Grundgedanken, daß die Bezirksämter nach dem demokratischen Grundsatz der Berücksichtigung auch großer Minderheitsparteien zu besetzen sind, betonten in der Diskussion verschiedene Redner. Aber selbstverständlich sei auch die Personenfrage wichtig, und es müsse zugleich auf Geeignetheit der Kandidaten anderer Parteien gesehen werden. Bedenken, die unsere Genossen in Dichtungen gegenüber den Unabhängigen wegen der Personenfrage geltend machen, waren schon vom Referenten erwähnt worden. Sie und die von den Unabhängigen in Reußlin und in Spandau angebotenen Repräsentanten wurden in der Diskussion ausgiebig erörtert. Die Konferenz nahm mit überwiegender Mehrheit (gegen nur fünf Stimmen) diese von Frank beantragte

Resolution

an: „Die auf dem Boden der S.P.D. stehenden Stadt- und Bezirksverordneten erstreben den Neuaufbau der Bezirksämter nach folgenden Gesichtspunkten. Es ist darauf zu sehen, daß durch Verhandlungen mit den Unabhängigen auch die großen Minderheitsparteien ihrer Stärke entsprechend Sitze und Stimmkraft erhalten. Den Fraktionen erwächst die Pflicht, die Verantwortung für die Tätigkeit der Bezirksämter alle Parteien tragen zu lassen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die in Frage kommenden Personen die nötige Eignung und moralische Qualifikation besitzen.“

Es folgte ein informatives Referat des Stadtrats Hirsch, der die Finanzpolitik der neuen Gemeinde Berlin und die der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Steuerprojekte erörterte. Da das Reich bei seinem ungeheuren Geldbedarf alle bedeutenden Steuerquellen in Anspruch nimmt, so ist das Finanzwesen der Gemeinden auf eine ganz neue Grundlage gestellt worden, und damit hat sich auch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ändern müssen. Wir müssen jetzt, weil auch die Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben viel Geld brauchen, negedrungen mancher Steuer zustimmen, die wir früher nicht bewilligt hätten. Dem Magistrat, den wir selber gewählt haben, können wir nicht die Mittel verweigern. In der Erörterung der einzelnen Steuern hob der Referent hervor, daß im Steuerauspruch mehrfach auch die Unabhängigen diesen Standpunkt vertreten haben. — Eine Diskussion schloß sich nicht an.

Führt Eure Kinder zur Jugendweihe.

Die Jugendweihen sind nicht nur für diejenigen Kinder bestimmt, welche nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sondern jeder, der sich innerlich längst nicht mehr mit der Kirche verbunden fühlt, sollte auch hier konsequent sein und die Einrichtungen der Kirche meiden.

Vielmehr besteht die Annahme, daß die Kinder etwas vermiffen, wenn sie nicht wie ihre Alterskameraden eingeweiht werden. Die stimungsbollen Jugendweihen bereiten die jungen Menschenwürdig für den Eintritt in einen neuen Lebensabschnitt vor.

Um aber auch den Kindern Klar zu machen, warum sie die Jugendweihen erhalten, findet ab 18. Januar d. J. für unsere am Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr,

stattfindenden Jugendweihen ein Lebenskundeunterricht statt. Die Anmeldungen müssen unter Zahlung von 2 M. Einschreibegeld sofort erfolgen und zwar: Charlottenburg Parteibureau, Kottbusstr. 4, L. L.; Lichtenberg Baranowski, Niederbarnimstr. 4; Reußlin Parteibureau, Jägerstr. 66; Berlin N. 58 Walter Rüdiger, Lybener Str. 127 III; NW. 21 Adolf Joseph, Wilhelmshöfener Str. 48 (Z.-Z. Laden); SO. 36 Gals, Dargerstr. 117, b. II; Rosenthal Platz Dehmel, Edelweißstr. 8; oder schriftlich an das Jugendsekretariat, NW 40. In den Zellen 23.

Zu der Erschießung des Kriminalwachtmeisters Behne wird uns mitgeteilt, daß die von den Beamten der Ostwache vorgenommene Verhaftung nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Nachprüfungen des Kriminalkommissars Dr. Braun haben ergeben, daß der Mann mit dem Verbrechen nichts zu tun hat. Alle Zeugen, die für die Aufklärung des Verbrechens zweckdienliche Mitteilungen machen können, werden unter Hinweis auf die Verhaftung von 10 000 M. ersucht, sich noch umgehend bei Kommissar Dr. Riemann zu melden.

Zur Festnahme der Spritschlepper Martin Cohen und Adels schreibt uns die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, daß sie Wert auf die Mitteilung legt, daß die von den genannten beiden Beamten vertretenen Angelegenheiten beim Monopolamt genau nach denselben Grundsätzen erledigt wurden wie die, in denen die Gewerbetreibenden ihre Sache selbst führen oder durch sonstige Vertreter führen lassen. Der von Cohen finanzierten Zeitschrift „Das Branntweinmonopol“ hat die Reichsmonopolverwaltung ferngeschickt.

Karten zur Angestelltenversicherung. Die Erneuerung der gefüllten Versicherungskarten Nr. 2 zur Angestelltenversicherung hat begonnen. Um Rückfragen zu vermeiden, ist darauf zu achten, daß zu jeder neuen Karte Nr. 3 auch eine neue Aufnahmearbeit Nr. 3 auszufüllen ist. Die alte Karte ist in denjenigen Fällen mit vorzulegen, in welchen auf der bisherigen Karte die Versicherung von der eigenen Beitragsleistung nach § 300 A.B.G. beschleunigt, also die Frage in der Mittelspalte mit „Ja“ beantwortet ist. Die Angestellten haben sich die Karte in der Ausgabebeilege Berlin, Klosterstr. 65/67, Zimmer 29-33, wochentags von 8-3 Uhr ausstellen zu lassen. Es wird empfohlen, sich einen Federhalter mitzubringen, da die ausgelegten Formulare verschwinden. Die Erneuerung der Karten auf dem Postwege und die Zusendung von Formularen geschieht auf Geheiß und Kosten des Geschäftstellers. Das für die Rücksendung erforderliche Freiformular ist beizufügen.

Schüleraufführung über „Waltenheims Lager“. Die Ritscher-Oberrealschule veranstaltet am 4. Februar eine Theateraufführung in der Aula der Schule Jägerstr. 2. Zur Aufführung gelangt „Waltenheims Lager“. Gleiche Teile des Ringwagens geben für die Kinderkassen und die vertieften Auslandsbeurteilungen Karten beim Schulamt erhältlich.

„Wie lebt der moderne Mensch zur Kirche“, lautet das Thema, über das in einer großen öffentlichen, vom Bund religiöser Sozialisten einberufenen Wählerversammlung Genosse Lic. Dr. Kner am Donnerstags, 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Realschule Döbbers. 34 in Reußlin sprechen wird.

